

Sri Lanka im Überblick

zusammengestellt von Franziska Koch

Sri Lanka wählt neues Parlament

Am 05. August gewann die Partei SLPP (*Sri Lanka Podujama Peramuna*) von Präsident Gotabaya Rajapaksa und seiner mächtigen Familie klar die Parlamentswahl mit 145 von 225 Sitzen. Die für eine Verfassungsänderung notwendige Zweidrittelmehrheit im Parlament verpasste die Partei damit nur knapp. Mit verbündeten Parteien bei einer gespaltenen Opposition hat Präsident Rajapaksa erfahrungsgemäß keine Mühe, die für eine Verfassungsänderung notwendigen, zusätzlichen fünf Mandate für sich zu gewinnen. Die Änderung durch den 20. Verfassungszusatz am 04. September hat dies bereits unter Beweis gestellt. Diese Änderung schafft die vormals eingerichteten, unabhängigen Kommissionen zur Überwachung von Polizei und Öffentlichem Dienst ab, die Amtsperiode des Präsidenten wird verlängert, der Amtsträger mit einer absoluten Immunität ausgestattet, die Ernennung weiterer wichtiger Regierungspositionen – wieder – dem Präsidenten übertragen. Das Wenige an politischen Reformen durch die Vorgängerregierung ist wieder rückgängig gemacht, die Entscheidungsbefugnis des Präsidenten wieder umfassend.

Fortschreitende Militarisierung der Regierung

Gestärkt durch den Wahlsieg im August treibt Präsident Rajapaksa seine Politik mit der Berufung von ehemaligem und aktivem Militärpersonal in zivile Behörden voran. Nicht wenige davon haben zusammen mit Rajapaksa beim Militär gedient. Einigen werden Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit während des Bürgerkrieges vorgeworfen. Doch etliche Ermittlungsverfahren gegen Personen, die der Rajapaksa-Familie nahestehen, wurden nun mit der Begründung eingestellt, dass es sich dabei um eine „politische Viktimisierung“ handle. Die Verfolgung und Inhaftierung von Oppositionspolitiker(innen) und Menschenrechtsaktivist(inn)en, die sich gegenüber der Regierung kritisch äußern, hält hingegen an. Auch in den Regierungsbemühungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie spielt das Militär eine prominente Rolle. Der Corona Taskforce sitzt ein Armeekommandeur vor und viele Quarantänezentren werden durch das Militär betreut. Auch Hilfsmaßnahmen, wie etwa die Verteilung von Lebensmittel- und Medikamentenrationen, werden durch das Militär koordiniert und ausgeführt. Dies wird von einem Großteil der Bevölkerung sogar goutiert, da man das administrative Chaos der Vorgängerregierung nach den Osterattentaten 2019 noch in sehr schlechter Erinnerung hat.

Tagelöhner/-innen bedroht

Obgleich der Inselstaat eine vergleichsweise niedrige Infektions- und Mortalitätsquote verzeichnet - nach offiziellen Angaben gab es seit März rund 3300 bekannte Covid19-Infektionen und nur 13 Todesfälle (Stand 16.09.) - treffen die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie insbesondere arme und vulnerable Bevölkerungsgruppen, wie etwa Tagelöhner/-innen, besonders stark. Bedingt durch die Ausgangssperren im April und Mai und den anhaltenden Ausnahmezustand im Land können große Teile der Bevölkerung ihrer alltäglichen Arbeit nicht nachgehen. Das *Sri Lanka Forum for Small Scale Fisheries* (SLFSSF) veröffentlichte im September einen Bericht, der die prekäre Lage der Kleinfischer darlegte. Die Familien der Kleinfischer werden, wie auch der Agrarsektor, durch die Reise- und Ausgangsbeschränkungen sowie Abstandsregeln getroffen, da sie ihre Waren nicht mehr wie üblich auf Marktplätzen oder am Straßenrand anbieten können. Die in der Fischerei tätigen Personen haben kaum Möglichkeiten, auf alternative Einkommensquellen auszuweichen. Das SLFSSF schätzt, dass aktuell nur etwa 30 Prozent von ihnen ihren Lebensunterhalt verdienen können.

Gesetzesreform zu Kinderheirat

Obwohl das Mindestalter für eine Heirat in Sri Lanka bei 18 Jahren liegt, erlaubt der *Muslim Marriage and Divorce Act* (das muslimische Heirats- und Scheidungsgesetz, MMDA) die Heirat von minderjährigen Mädchen mit erwachsenen Männern, soweit ein Familiengericht der Muslimgemeinschaft zustimmt (Qādi). Bisher sitzen dort ausnahmslos Männer. Anfang August erfolgte nun durch die Regierungspartei SLPP eine Eingabe im Parlament zur Änderung des muslimischen Gewohnheitsrechts, die eine Heraufsetzung des heiratsfähigen Alters auf 18 Jahre auch unter dem MMDA fordert. Nach einem Bericht der NRO *Save the Children* wird die Reform von Frauen- und Kinderrechtsorganisationen unterstützt. Sie schätzt, dass heute noch jedes zehnte Mädchen vor ihrem 18. Geburtstag in Sri Lanka verheiratet wird.

Vereinte Nationen

In einem Schreiben an den UN-Sonderberichterstatter zum Thema Wahrheit und Versöhnung fordern NROs – darunter das in Deutschland ansässige Netzwerk *Sri Lanka Advocacy* – eine ungeschönte Analyse der aktuellen Regierungspolitik anlässlich der 45. Tagung des UN-Menschenrechtsrates im September und Oktober. Dem rechtsstaatlichen Strukturaufbau seit 2015 mithilfe von UN-Institutionen drohe das Aus.